

Bearbeitungsstand: 17.03.2021 8:51 Uhr

Bearbeitungsstand: 17.03.2021

## **Entwurf einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung**

### **A. Problem und Ziel**

Den Passverwaltungsvorschriften vom 16. Dezember 2019 sowie den Personalausweisverwaltungsvorschriften vom 16. Dezember 2019 stimmte der Bundesrat mit der Bitte zu, dass die Verwaltungsvorschriften zeitnah überarbeitet werden. Mit den nunmehr vorgelegten Klarstellungen, redaktionellen Änderungen sowie Überarbeitungen sollen die Verwaltungsvorschriften an den aktuellen Rechtsstand angepasst werden. Die vom Bundesrat in den Drs. 300/19, Punkt II. und 301/19, Punkt II genannten Themenstellungen wurden in den nachfolgenden Änderungen aufgegriffen und beziehen sich auf die folgenden wesentlichen Themen:

- Konkretisierung der Verkehrsgeltung von Künstlernamen im Hinblick auf Internetpublikationen,
- Klarstellung, dass deutsche Bezeichnungen für ausländische Orte, die ausschließlich im Zeitraum von 1933 bis 1945 eingeführt wurden, nicht eintragungsfähig sind,
- Klarstellende Regelungen zu den Mindestanforderungen an eine Unterschrift,
- Klarstellende Regelungen zur Eintragung von ausländischen Anschriften in den Personalausweis,
- Übertragung der Möglichkeit, einen Reisepass bei geplanter Eheschließung mit Namenswechsel vorzeitig beantragen zu können, auf den Personalausweis.

Für Minderjährige, deren Familiennamen sich vom Familiennamen mindestens einer sorgeberechtigten Person unterscheidet, wurde der optionale Eintrag aller sorgeberechtigten Personen auf die Seite für amtliche Vermerke in den Pass der/des Minderjährigen geschaffen, um eine verbesserte Kontrolle vor allem beim grenzüberschreitenden Verkehr von Minderjährigen zu ermöglichen.

Die Aufteilung von Kettennamen, die aus mehreren Namensbestandteilen bestehen, in Familienname und Vorname(n) im Rahmen der Passantragstellung dient der Angleichung von Kettennamen an das deutsche Namensrecht unter Aufrechterhaltung der Wahlfreiheit der betreffenden eingebürgerten Person, eine Erklärung beim Standesamt gemäß Artikel 47 EGBGB abgeben zu können.

Ab dem 2. August 2021 ist die Erhebung von zwei Fingerabdrücken zur Speicherung im Personalausweis aufgrund der Verordnung (EU) 2019/1157 für alle Mitglied-

staaten der Europäischen Union, welche einen Personalausweis ausstellen, verpflichtend. Die Regelung zur Erklärung über die bis zum 1. August 2021 optionale Aufnahme von Fingerabdrücken kann ab dem 2. August 2021 ersatzlos entfallen. Das Inkrafttreten der AVV ist daher auf den 2. August 2021 festzulegen, damit die AVV das Wahlrecht über die Aufnahme von Fingerabdrücken in Personalausweise („Erklärung über die optionale Aufnahme von Fingerabdrücken“) – im Gleichklang mit dem Personalausweisgesetz – ab dem 2. August 2021 nicht mehr thematisiert.

Da das Pass- und Ausweiswesen regelmäßigen Aktualisierungen unterliegt und auch von der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes/der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen betroffen ist, wird die Prüfung eines erneuten Aktualisierungsbedarfs in zwölf Monaten angestrebt.

## **B. Lösung**

Die Konformität der Verwaltungsvorschriften mit den gesetzlichen Grundlagen wird durch eine Aktualisierung in Form von Änderungsbefehlen erreicht.

## **C. Alternativen**

Die Anpassung der AVV an das geltende Recht ist alternativlos.

Die Einführung der Aufnahme der sorgeberechtigten Personen auf der Seite für amtliche Vermerke in Pässe (Reisepässe/Kinderreisepässe) Minderjähriger, wenn sich deren Familienname unterscheidet vom Familiennamen mindestens einer sorgeberechtigten Person, sollte mit Hilfe der Regelungen in der AVV bundeseinheitlich erfolgen. Eine Information über diese Eintragungsmöglichkeit lediglich per BMI-Rundschreiben führt nicht zu einem flächendeckend homogenen Informationsstand in den Behörden und könnte aufgrund dessen zu einer regional unterschiedlichen Umsetzungspraxis und damit zu mehr Rechtsunsicherheit bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern führen.

Auch für die Aufteilung von Kettennamen in Familienname und Vorname(n) besteht die Alternative, dies anstelle einer verbindlichen Regelung in der AVV durch ermessenslenkende Hinweise per BMI-Rundschreiben zu regeln. Dies würde jedoch ebenfalls zu einer Rechtsunsicherheit für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger führen, inwiefern sich der für ihre Beantragung zuständige Sachbearbeiter diese Hinweise zu eigen macht.

## **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Den Passbehörden entstehen durch die Neufassung der Allgemein Verwaltungsvorschrift keine zusätzlichen haushalterischen Aufwendungen.

## **E. Erfüllungsaufwand**

### E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Zusätzlicher Aufwand bei den Bürgerinnen und Bürgern entsteht nicht.

### E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft werden keine Informationspflichten neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Kosten für die Wirtschaft sind durch die Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift nicht zu erwarten.

### E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Die bestehenden Prozesse werden um die neue Möglichkeit ergänzt, dass auf Antrag in den Reisepass/Kinderreisepass von Minderjährigen auf die Seite für amtliche Vermerke zusätzlich alle sorgeberechtigten Personen eingetragen werden können, wenn sich der Familienname von Minderjährigen vom Familiennamen mindestens einer sorgeberechtigten Person unterscheidet. Da im Rahmen der Antragstellung eines Passes für Minderjährige die Sorgeberechtigung ohnehin mitzuprüfen ist, entsteht kein zusätzlicher Prüfaufwand.

Statistisch betroffen sind jährlich etwa 131.000 Minderjährige, welche in Familien aufwachsen, bei denen die sorgeberechtigten Personen keinen gemeinsamen Familiennamen führen, weil

- bei Eheschließung weiterhin die Geburtsnamen beibehalten werden (ca. 47.000 Minderjährige in diesen Familien/Jahr),
- eine sorgeberechtigte Person dem Ehenamen einen Geburtsnamen hinzugefügt hat (ca. 31.000 Minderjährige in diesen Familien/Jahr),
- eine Lebensgemeinschaft ohne Eheschließung besteht (ca. 53.000 Minderjährige in diesen Familien/Jahr).

Jährlich kommen etwa 25.000 Minderjährige hinzu, bei denen vor Vollendung des 18. Lebensjahrs eine sorgeberechtigte Person aufgrund Scheidung den Geburtsnamen annimmt. Minderjährige sind bei einer Scheidung durchschnittlich 8,6 Jahr alt. Das konkrete Antragsaufkommen kann mangels Erfahrungswerte zahlenmäßig nicht beziffert/geschätzt werden. Wie häufig ein Aufkleber für amtliche Vermerke (0,51 € netto) mit den Namen der sorgeberechtigten Personen im Jahresdurchschnitt personalisiert wird und wie hoch der Verwaltungskostenmehraufwand ist, wird nach einer Evaluierungsphase von mindestens zwölf Monaten, parallel zur vertraglichen Preisprüfung der Herstellungskosten, ermittelt und bei der darauffolgenden Überarbeitung der Passverordnung berücksichtigt.

In Fällen, in denen der Kettenname eingebürgerter Personen, welcher aus mehreren Namensbestandteilen besteht, in Familienname und Vorname(n) aufgeteilt wird,

erfolgt die notwendige Datenübermittlung zum Meldewesen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Im Jahresmittel betrifft das rund 3.500 Personen (2,9 % der jährlich eingebürgerten Personen). Inwieweit ein messbar erhöhter Verwaltungsaufwand besteht und unter Berücksichtigung von jährlich insgesamt 7,5 Mio. Personalausweis-antragstellungen und ca. 3 Mio Passantragstellungen auch gesondert bezifferbar ist, wird nach einer Evaluierungsphase von mindestens zwölf Monaten ermittelt und bei der darauffolgenden Überarbeitung der Passverordnung berücksichtigt.

#### **F. Weitere Kosten**

Auswirkungen auf Einzelpreise, das allgemeine Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten.

# **Entwurf einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Passverwaltungsvorschriften und der Personalausweisverwaltungsvorschriften**

Vom 2021

Nach Artikel 84 Absatz 2 und Artikel 86 Satz 1 des Grundgesetzes erlässt die Bundesregierung die folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift:

## **Artikel 1**

### **Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Passgesetzes (Passverwaltungsvorschriften – PassVwV)**

Die Passverwaltungsvorschriften vom 16.12.2019 werden wie folgt geändert:

1. Nummer 2.1.4.3 wird aufgehoben.
2. Die Nummern 2.1.4.4 bis 2.1.4.9 werden die Nummern 2.1.4.3 bis 2.1.4.8.
3. Nach Nummer 4.0.2 Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Die Eintragungen können durch einen vom Passhersteller zu beziehenden Änderungsaufkleber erfolgen. Die Eintragungen auf den Änderungsaufklebern sind mittels Tintenstrahldrucksystemen mit dokumentenechter Tinte vorzunehmen, siehe auch Nummer 2 der Vorbemerkung in der Anlage 9 der Passverordnung. Der Aufkleber ist mit der Passnummer zu versehen und die Änderung mit Unterschrift und Dienstsiegel der Passbehörde sowie der Angabe des Ortes und des Datums zu bestätigen. Die Siegelung am Rand des Aufklebers ist grundsätzlich überlappend zur Passbuchseite zu fertigen.“

4. Nummer 4.1.1.4 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Besitzt die antragstellende Person gemäß den Eintragungen in den Personenstandsurkunden lediglich einen Namen mit mehreren Bestandteilen, wird dieser im Benehmen mit der antragstellenden Person in Familienname und Vorname(n) aufgeteilt und unter Nummer 1[a] „Name“ und Nummer 1[b] „Vornamen“ in den Pass eingetragen. Die Bearbeiterin/der Bearbeiter in der Passbehörde, falls sie/er nicht gleichzeitig auch Bearbeiterin/Bearbeiter in der Meldebehörde ist, ist verpflichtet, die zuständige Meldebehörde über die Änderung des Namens zu unterrichten, damit das Melderegister aktualisiert werden kann.“

- b) Satz 2 wird aufgehoben.

c) Die folgenden Sätze werden eingefügt:

„Die antragstellende Person ist darauf hinzuweisen, dass sie ihre Gestaltungsmöglichkeiten zur Angleichung des ausländischen Namens an das deutsche Namensrecht nach Artikel 47 EGBGB beim zuständigen Standesamt wahrnehmen kann. Liegt bei einer Neubeantragung eine solche Erklärung nicht vor, ist die bei Erstbeantragung vorgenommene Aufteilung zu übernehmen.“

5. In Nummer 4.1.1.5. wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Bei dem Eintrag mit Änderungsaufkleber sind die Nummern 6.2.1.4 und 4.0.2 zu beachten.“

6. In Nummer 4.1.1.6 wird nach Satz 3 folgender Satz eingefügt:

„Die antragstellende Person sollte darauf aufmerksam gemacht werden, dass in allen Fällen, in denen sich der zum Antragszeitpunkt angegebene Eheschließungstermin nachträglich auf ein späteres Datum verschiebt und folglich das Ausstellungsdatum des Reisepasses mit dem neuen Familiennamen vor dem neuen Eheschließungstermin liegt, der Reisepass ungültig ist und nicht ausgetauscht werden darf; ggf. ist das Dokument gebührenpflichtig neu zu beantragen.“

7. In Nummer 4.1.1.7 Absatz 2 wird Satz 1 folgender Satz vorangestellt:

„Bei dem Eintrag sind die Nummern 6.2.1.4 und 4.0.2 zu beachten.“

8. Nach Nummer 4.1.2.2 Absatz 1 wird folgender Absatz eingefügt:

„Führt die antragstellende Person einen nach ausländischem Recht (z. B. bisherige Heimat der antragstellenden Person) rechtmäßig erworbenen, dem deutschen Namensrecht nicht bekannten besonderen Namensbestandteil (z. B. „Vatersname“, „Mitteldname“ oder „Eigenname“) und macht die Person von der Möglichkeit einer Namenserklärung nach Artikel 47 EGBGB zunächst keinen Gebrauch, ist der besondere Namensbestandteil in den deutschen Pass derart in Datenfeld „1.[a] Name“ oder in Datenfeld „2. Vornamen“ einzutragen, wie er in deutsche Personenstandsregister in der Spalte für die Vornamen oder für die Familiennamen eingetragen würde (vgl. Nummer 4.1.1.2). Erläuternde Zusätze, die die Funktion des besonderen Namensbestandteils klarstellen (vgl. Bundesgerichtshof, Beschluss vom 19. Februar 2014, Az. XII ZB 180/12) und die im Personenstandsregister zu speichern sind, werden weder im Pass noch im Passregister eingetragen. Die Bearbeiterin/der Bearbeiter in der Passbehörde, falls sie/er nicht gleichzeitig auch Bearbeiterin/Bearbeiter in der Meldebehörde ist, ist verpflichtet, die zuständige Meldebehörde über die Änderung des Namens zu unterrichten, damit diese das Melderegister gegebenenfalls aktualisieren kann.“

Die antragstellende Person ist darauf hinzuweisen, dass der Nachweis der Namensführung regelmäßig über Personenstandsurkunden geführt wird (vgl. Nummer 4.1.1.1). Erklärungen zur Angleichung des ausländischen Namens an das deutsche Namensrecht nach Artikel 47 EGBGB können beim zuständigen Standesamt abgegeben werden.“

9. Nummer 4.1.3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „nicht“ die Wörter „in den Pass“ eingefügt.

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Soweit aber bei akademischen Doktorgraden (z. B. Doctor of Philosophy; Abk.: PhD), die nach dem Hochschulrecht der Länder verliehen werden können, die alternative Verwendung der Abkürzung „Dr.“ nach dem Hochschulrecht der Länder vorgesehen ist, kann der akademische Grad in Form „DR.“ eingetragen werden.“

b) In Absatz 6 Satz 1 werden nach dem Wort „Doktorgraden“ ein Komma, die Wörter „z. B. PhD“ und ein weiteres Komma eingefügt.

10. In Nummer 4.1.4 Absatz 3 werden nach Satz 3 folgende Sätze eingefügt:

„Grundsätzlich bezieht sich die öffentliche Wahrnehmung auf einen überregionalen Bekanntheitsgrad und der Möglichkeit einer Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten. Hierzu kann der Nachweis der im Internet erfolgten „Klicks“, „Likes“, „Follower“ o. ä. beitragen. Eine Verkehrsgeltung ausschließlich auf Basis der Anzahl der „Klicks“ / positiver Bewertungen („Likes“) / „Follower“ zu belegen, ist grundsätzlich nicht möglich. Auch Künstler mit vorwiegend kritischer Resonanz („Dislikes“) können eine Wahrnehmung bzw. Resonanz ihres Künstlernamens in der Öffentlichkeit erzielen, in Folge dessen der bürgerliche Name in der Öffentlichkeit zumindest in Teilbereichen durch den Künstlernamen überlagert wird. Nachweise über eine Anzahl gedruckter Plakate, Anzahl durchgeführter Veranstaltungen/Ausstellungen, Anzahl von Besuchern, erfolgte Präsentationen der Ergebnisse künstlerischen Schaffens in der Öffentlichkeit, Presse-rezeption (Print-/Online-Medien) sollen zur Beurteilung, inwieweit die Öffentlichkeit das künstlerische Schaffen unter Bezug zum Künstlernamen wahrgenommen hat, herangezogen werden. Beschränkt sich das künstlerische Handeln ausschließlich auf Internetbeiträge, kann die Überlagerung des bürgerlichen Namens durch den Künstlernamen – und die insoweit erzielte Verkehrsgeltung des Künstlernamens in der Öffentlichkeit – durch zeitgemäße Nachweise geführt werden, u. a.:

- Redaktionelle Beiträge unabhängiger Online- (oder Print-) Medien mit Bezug zum Schaffen des Künstlers,
- Interview-Auftritte des Künstlers mit Bezug zu seinem künstlerischen Wirken, z. B. im Radio, TV, Online-Medien,
- Aufnahme eines Videobeitrags des Künstlers in die Sammlung eines modernen Museums o. ä.“

11. In Nummer 4.1.5.1 Absatz 4 werden nach Satz 4 folgende Sätze eingefügt:

„Deutsche Bezeichnungen für ausländische Orte, die ausschließlich im Zeitraum von 1933 bis 1945 eingeführt wurden, sind nicht eintragungsfähig und stellen keine allgemein übliche deutsche Bezeichnung dieser Orte dar. Beispiel: Wurde eine antragstellende Person im Jahr 1943 in „Litzmannstadt“ geboren, ist als Geburtsort „Lodz“ einzutragen.“



12. Nummer 4.4.0 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Nummer 4.4.0 Verfahren zum Erfassen der Fingerabdrücke - Handlungsanweisung“

b) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Maßgebend für die Erfassung der Fingerabdrücke ist die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat herausgegebene „Handlungsanweisung Fingerabdruckerfassung“ in der jeweils geltenden Fassung.“

c) In Absatz 3 Satz 2 wird nach den Wörtern „oder die zur“ das Wort „rechtlichen“ eingefügt.

13. Nach Nummer 4.4a.2 wird folgende Nummer eingefügt:

„4.4a.3 Wenn sich der Familienname einer/eines Minderjährigen von dem Familiennamen mindestens einer sorgeberechtigten Person unterscheidet, können auf Antrag alle sorgeberechtigten Personen im Pass der/des Minderjährigen auf der für amtliche Vermerke vorgesehenen Seite eingetragen werden.

Die Eintragung soll den Vornamen, den Familiennamen und das Geburtsdatum aller sorgeberechtigten Person(en) enthalten und nach dem folgenden Schema erfolgen:

Sorgeberechtigt zum Zeitpunkt der Antragstellung:

VORNAME(N) FAMILIENNAME, geb. am TT.MM.JJJJ

VORNAME(N) FAMILIENNAME, geb. am TT.MM.JJJJ

Bei der Eintragung sind die Nummern 6.2.1.4 und 4.0.2 zu beachten.

Die Sorgeberechtigung ist anhand amtlicher Dokumente glaubhaft zu machen. Sind oder waren die sorgeberechtigten Eltern verheiratet und sind mit unterschiedlichen Familiennamen in der Geburtsurkunde eingetragen worden, genügt die Vorlage der Geburtsurkunde der/des Minderjährigen. Wird eine sorgeberechtigte Person in der Geburtsurkunde des der/des Minderjährigen nicht aufgeführt, ist das Sorgerecht durch eine amtliche Sorgebescheinigung nachzuweisen. Unterscheidet sich der Familienname eines allein sorgeberechtigten Elternteils vom Familiennamen der/des Minderjährigen, sind aber zwei Elternteile in der Geburtsurkunde der/des Minderjährigen eingetragen worden, sind die Geburtsurkunde der/des Minderjährigen, eine Personensstandsurkunde der sorgeberechtigten Person mit dem aktuellen Familiennamen, eine amtliche Bescheinigung (Sorgebescheinigung, Negativbescheinigung oder ein gerichtliches Dokument, aus dem das alleinige Sorgerecht hervorgeht) oder eine Sterbeurkunde des anderen Elternteils vorzulegen.“

14. Nach Nummer 5.4.3 Absatz 3 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Bei den Eintragungen sind die Nummern 6.2.1.4 und 4.0.2 zu beachten.“

15. Nummer 5.5 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Enthält das Melde-, Pass- oder Personalausweisregister nach § 3 Absatz 2 Nummer 5 BMG, § 21 Absatz 2 Nummer 16 PassG oder § 23 Absatz 3 Nummer 16 PAuswG eine Eintragung zur Optionspflicht nach § 29 StAG, hat die antragstellende Person den Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Vorlage eines Bescheides über das Fortbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 29 Absatz 6 StAG nachzuweisen (siehe auch Nummer 6.2.4.1).“

16. Nummer 6.2.1.2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 3 werden folgende Sätze eingefügt:

„Der Schriftzug muss nicht alle Buchstaben oder Wortbestandteile erkennbar wiedergeben, wenn die Person dies im täglichen Leben bei der Unterschriftsleistung stets so zu tun pflegt. Auch ist die vollständige Lesbarkeit nicht erforderlich.“

bb) Der neue Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„Lässt die Individualität des Schriftzugs jedoch Worte/Wortbestandteile/Buchstaben erkennen, sodass Handzeichen oder bewusste und erkennbare Namensveränderungen wahrgenommen werden können, liegt keine formgültige Unterschrift vor und ist das Passdokument ungültig.“

cc) Nach dem neuen Satz 6 wird folgender Satz eingefügt:

„Werden erkennbar Buchstaben hinzugefügt, welche im Familiennamen/Vornamen nicht enthalten sind, oder sonstige Abkürzungen wie z. B. „A.R.“ oder „i.A.“ verwendet, ist die Eintragung unzutreffend und das Passdokument ungültig.“

b) In Absatz 3 werden nach Satz 1 folgende Sätze eingefügt:

„Diese Regelung gilt für alle Familiennamen und Vornamen, welche sich aus mindestens zwei Bestandteilen zusammensetzen. Ob und inwieweit die Namensbestandteile mit oder ohne Bindestrich verbunden sind, ist hierbei unbeachtlich. Wenn der übliche Platz für die Unterschrift nicht ausreicht, können Personen, die gewöhnlich mit Vor- und Familiennamen unterschreiben, die Vornamen abkürzen oder entfallen lassen.“

c) In Absatz 4 wird das Wort „Barbara“ durch das Wort „Gertrud“ und das Wort „Bärbel“ durch das Wort „Gerti“ ersetzt.

17. Nummer 6.2.1.4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Bis zur Bereitstellung der Aufkleber zur Änderung des Reisepasses durch den Passhersteller sind übergangsweise die bisherigen Alternativen anzuwenden.“

- b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Das Überkleben eines bereits eingebrachten Änderungsaufklebers oder vorhandener Sichtvermerke (Visum, Einreise- oder Ausreisestempel) mit einem neuen Aufkleber oder das Entfernen vorhandener Aufkleber ist nicht zulässig (vgl. auch Nummer 5.4.4). Inaktuelle Eintragungen/Aufkleber sind mit Schreibmaterial, dass nach DIN 16554 urkunden- und kopierecht ist, dauerhaft zu entwerten.“

18. Nummer 6.2.2.5 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Art und Weise der Änderung hat entsprechend der Nummern 6.2.1.4 und 4.0.2 zu erfolgen.“

- b) In Absatz 3 werden die Wörter „das Einbringen eines Übersetzungstempels für Reisen nach Libyen oder“ gestrichen und das nachfolgende Wort „des“ durch das Wort „der“ ersetzt.

19. Nummer 6.2.4.1 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 5 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Das Fortbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit kann angenommen werden bei einem auf Grund freiwilliger Verpflichtung erfolgten Eintritt in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines (anderen) Mitgliedstaates der Europäischen Union (EU), der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) oder eines Staates der Länderliste nach § 41 Absatz 1 der Aufenthaltsverordnung, dessen Staatsangehörigkeit die antragstellende Person besitzt, wenn dieser Eintritt nach dem 5. Juli 2011 (Bekanntmachung der Allgemeinzustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung nach § 28 StAG zu einem freiwilligen Wehrdienst außerhalb der Bundeswehr vom 21. Juni 2011, BAnz. Nr. 98, S. 2379) stattgefunden hat.“

- b) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„Vom Fortbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit kann auch ausgegangen werden bei einem auf Antrag erfolgten Erwerb

- a) der Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union (einschließlich des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland) oder der Schweiz, wenn diese
- nach dem 27. August 2007,
  - im Falle Kroatiens nach dem 30. Juni 2013
- erworben worden ist (vgl. § 25 Absatz 1 Satz 2 StAG),

- b) der britischen Staatsangehörigkeit nach Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union, wenn diese
  - bis zum Ablauf des Übergangszeitraums am 31. Dezember 2020 erworben worden ist oder
  - nach dem 31. Dezember 2020 erworben worden ist, aber vor Ablauf des Übergangszeitraums beantragt worden war, (vgl. Artikel 1 [in Verbindung mit § 25 Absatz 1 Satz 2 StAG] und 3 Absatz 2 Brexit-Übergangsgesetz) oder
- c) einer ausländischen Staatsangehörigkeit [einschließlich einer der unter a) und b) genannten Staatsangehörigkeiten], wenn die antragstellende Person zuvor eine Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit (Beibehaltungsgenehmigung) erhalten hat (vgl. § 25 Absatz 2 StAG).

- c) Dem Absatz 8 Satz 1 werden folgende Wörter vorangestellt:

„Enthält das Melde-, Pass- oder Personalausweisregister nach § 3 Absatz 2 Nummer 5 BMG, § 21 Absatz 2 Nummer 16 PassG oder § 23 Absatz 3 Nummer 16 PAuswG eine Eintragung zur Optionspflicht nach § 29 StAG, haben“

- d) Nach den Wörtern „optiert haben“ und dem Komma wird das Wort „haben“ gestrichen.

20. Nach Nummer 6.2.4.2 Satz 6 wird folgender Satz eingefügt:

„Bei dem Eintrag sind die Nummern 6.2.1.4 und 4.0.2 zu beachten.“

21. Nummer 7.2.1 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Bei der Eintragung sind die Nummern 6.2.1.4 und 4.0.2 zu beachten.“

- b) In Absatz 4 werden die Staatenkürzel „DEU:“, „ENG:“ und „FRA:“ gestrichen.

22. Nummer 11.0.1 wird wie folgt geändert:

- a) In Buchstabe b) werden die Wörter „(zum Beispiel die Einbringung einer nichtamtlichen Übersetzung für Reisen nach Libyen)“ gestrichen.

- b) Buchstabe e) wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 werden nach dem Wort „sie“ die Wörter „zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens des Versterbens“ eingefügt, das Wort „vorliegen“ wird durch das Wort „vorlagen“ und das Wort „können“ durch das Wort „konnten“ ersetzt.

- bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:

„Zur Datenübermittlung siehe auch Nummern 15.0.2.2 und 15.0.2.3.“

23. Nummer 15.0.2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Anzeige“ die Wörter „die Identifizierung der den Verlust/Diebstahl anzeigenden Person als“ eingefügt und die Wörter „der Passinhaberin/des Passinhabers“ durch die Wörter „Passinhaberin/Passinhaber“ ersetzt.

bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „Wiederauffindens“ die Wörter „(und der damit zusammenhängenden Löschung des Sachfahndungseintrags in der nationalen Datenbank) in Deutschland“ eingefügt.

cc) In dem neuen Satz 4 wird das Wort „sowie“ durch die Wörter „Ferner soll“ ersetzt und nach dem Wort „Wiederauffindens“ werden die Wörter „informiert werden, da Deutschland die Anerkennung wiederaufgefundener Dokumente nicht beeinflussen kann“ eingefügt.

dd) Dem neuen Satz 4 werden folgende Sätze angefügt:

„Es kann dazu kommen, dass ausländische Behörden einen als wiedergefunden gemeldeten Pass für die Nutzung in ihrem Land nicht anerkennen oder ihn einziehen. Der antragstellenden Person soll daher bei der Anzeige des Verlustes oder Diebstahls des Passes empfohlen werden, einen neuen Pass zu beantragen und darauf zu verzichten, im Fall des eventuellen Wiederauffindens den alten Pass weiter zu nutzen.“

b) In Absatz 2 wird das Wort „können“ durch das Wort „sollen“ ersetzt.

24. Nummer 19.4.1 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Ein solcher wichtige Grund liegt z. B. dann vor, wenn die antragstellende Person geltend macht, dass der Weg zur zuständigen Auslandsvertretung erheblich weiter ist als zur unzuständigen Passbehörde oder zur Region der unzuständigen Behörde, familiäre oder freundschaftliche Bindungen bestehen oder ein Aufenthalt aufgrund Urlaubs oder beruflich bedingt geplant ist bzw. stattfindet.“

## Artikel 2

### **Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Personalausweisgesetzes und der Personalausweisverordnung (Personalausweisverwaltungsvorschrift – PAuswVwV)**

Die Personalausweisverwaltungsvorschriften vom 16.12.2019, ergänzt durch Bek. d. BMI v. 3.6.2020 – DV2 – 20105/13#1 (GMBI 2020 Nr. 20, S. 390), werden wie folgt geändert:

1. Nummer G.5.2.1 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „50“ durch die Angabe „100“ ersetzt.
- b) Nach Absatz 3 Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

„Bei einer ausländischen Anschrift sind die Felder „Ort“ und „Straße“ entsprechend der örtlichen Gepflogenheiten sinngemäß zu befüllen. Hat die notwendige Kürzung überlanger ausländischer Wohnortbezeichnungen oder überlanger ausländischer Straßenbezeichnungen auf dem Personalausweis zur Folge, dass die postalische Erreichbarkeit nicht mehr gegeben oder nicht mehr eindeutig ist, liegt keine Anschrift im Sinne des Personalausweisgesetzes vor. In diesen Fällen ist auf die Eintragung der Anschrift auf dem Ausweis und Speicherung im Chip zu verzichten und stattdessen „keine Wohnung in Deutschland“ einzutragen.“

- c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Meldet sich eine Person in das Ausland ab oder in der zuständigen deutschen Auslandsvertretung mit einem ausländischen Wohnsitz an, kann die ausländische Anschrift im Personalausweis eingetragen und im Chip gespeichert werden, damit die Anwendung der Online-AusweisFunction durch technische und rechtliche Rahmenbedingungen auch für Personalausweisinhaberinnen und Personalausweisinhaber mit Wohnsitz im Ausland uneingeschränkt zur Verfügung steht. Zur glaubhaften Darlegung der ausländischen Anschrift ist in der Regel die Vorlage eines Mietvertrags, sofern dieser bereits vorhanden ist, ausreichend. Falls noch kein Mietvertrag vorliegt, sind andere Formen der Plausibilisierung zu nutzen (bspw. die schriftliche Bestätigung einer Familie, dass ein Zimmer bereitgestellt/untervermietet wird).

Die Angabe einer ausländischen Postleitzahl ist optional: Sie kann Zahlen und/oder Buchstaben enthalten oder kann - in Abhängigkeit der landesspezifischen Regelungen - leer gelassen werden.

Sofern eine ausländische Anschrift nicht vorliegt bzw. nicht glaubhaft gemacht wird, ist weiterhin alternativ "Keine Wohnung in Deutschland" einzutragen und im Chip zu speichern.“

2. Nummer G.5.9.1 wird gestrichen.

3. Nummer G.9.1.1 wird folgende Nummer vorangestellt:

„G.9.0. *Vorbemerkung zu § 9 PAuswG*

Beabsichtigt die antragstellende Person in Kürze zu heiraten und ändert sich dadurch der Familienname, kann der Personalausweis frühestens acht Wochen vor der Eheschließung mit dem neuen Namen beantragt werden, wenn sofort nach Eheschließung – neben den Gründen aus Nummer 4.1.1.6 PassVwV – das Signaturzertifikat oder die Online-AusweisFunction genutzt werden soll.“

4. Nummer G.10.5.1 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nach dem Wort „Personalausweisbehörde“ werden die Wörter „zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens des Versterbens“ eingefügt.



- b) Das Wort „**vorliegen**“ wird durch das Wort „**vorlagen**“ und das Wort „**können**“ durch das Wort „**konnten**“ ersetzt.
- c) Nach der Angabe „**6.3.3**“ werden ein Punkt und die Zahl „**3**“ eingefügt.
- d) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Zur Datenübermittlung siehe auch Nummern 15.0.2.2 und 15.0.2.3 der PassVwV.“

5. Nummer G.10.5.2 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 Satz 2 wird gestrichen.
- b) Nach Absatz 4 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Pflicht der zuständigen Personalausweisbehörde zur Information der ausstellenden Behörde bleibt unberührt.“

6. Nach Nummer G.10.5.2 wird folgende Nummer eingefügt:

„**G.10.5.3**Sperrung der Online-Ausweisfunktion bei Ungültigkeit des Personalausweises

„Gelingen der zuständigen Personalausweisbehörde Informationen zur Kenntnis, aus denen sich die Ungültigkeit eines Personalausweises gemäß § 28 Absatz 1 Nummern 1 und 2 PAuswG ergibt (bspw. bei Änderung der Vornamensreihenfolge, vgl. Nummer 29.1.1), und liegt der Behörde der Personalausweis nicht vor, ist die Sperrung unverzüglich zu veranlassen. Eine ggf. zu treffende Entscheidung der Behörde über die Einziehung eines Personalausweises (§ 29 Absatz 1 PAuswG) bleibt davon unberührt.“

- 7. In Nummer G.13.1 Absatz 6 wird die Angabe „**§ 7**“ durch die Angabe „**§17**“ ersetzt.
- 8. Nummer V.19.1.1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„**Änderung der Anschrift bei Personalausweisen und von vorläufigen Personalausweisen**“

- b) In Absatz 2 wird das Wort „**ausschließlich**“ gestrichen.
- c) Dem Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:

„Ist die gegenwärtige Anschrift länger als 40 Schreibstellen, wird die Anschrift auf dem vorläufigen Personalausweis entweder direkt oder mit dem Aufkleber zur Änderung der Anschrift für Personalausweise (siehe Anhang 1 der PAuswV) auf der Rückseite des Dokuments angebracht. Die Beschriftung des Änderungsaufklebers erfolgt durch Tintenstrahldrucksysteme mit dokumentenechter Tinte und ist mit Unterschrift und Dienstsiegel zu bestätigen (vgl. Anhang 3 Abschnitt 1 Nummer 2 der PAuswV, Nummer 6.2.1.4 PassVwV). Das handschriftliche Ausfüllen oder der Eintrag mit-

tels Stempel ist nur zulässig, wenn der Einsatz von Tintenstrahldrucksystemen nicht möglich ist. In das Feld „Gegenwärtige Anschrift“ auf der Vorderseite ist „SIEHE RÜCKSEITE“ einzutragen.“

9. Nummer V.19.1.2 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Wörter „im Falle des Änderungsdienstes“ gestrichen.
- b) Im Satz 1 werden die Wörter „des Änderungsdienstes“ durch die Wörter „der Einschaltung des elektronischen Identitätsnachweises, der Sperrung und der Entsperrung“ ersetzt.

10. Nummer V.19.1.3 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Wörter „bei defektem Chip“ gestrichen.
- b) Dem Absatz 1 wird folgender Absatz vorangestellt:

„Die Beschriftung des Änderungsaufklebers hat entsprechend der Vorgaben des Anhangs 3 der PAuswV zu erfolgen. Das Überkleben eines bereits aufgebrachten Änderungsaufklebers mit einem neuen Aufkleber ist nicht zulässig (vgl. auch Nummer 6.2.1.4 der PassVwV). Ist auf dem Personalausweis bereits ein Änderungsaufkleber aufgebracht, ist dieser mit einem weichen Gegenstand (z. B. Plastiklineal) spurlos und weitgehend rückstandslos zu entfernen, bevor der neue Änderungsaufkleber aufgebracht wird. Die Änderung der Anschrift ist der ausstellenden Behörde nicht mitzuteilen.“
- c) Der bisherige Absatz 3 wird aufgehoben.

## Artikel 3

### Inkrafttreten

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am 2. August 2021 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den .....

Die Bundeskanzlerin

Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat